Werner Bramke: ›Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht‹. Solidarität als historische Kategorie
In: Matthias Theodor Vogt, Jan Sokol, Beata Ociepka, Detlef Pollack, Beata Mikołajczyk (Hg.):
Bedingungen europäischer Solidarität. Schriften des Collegium PONTES Band 1
Peter-Lang-Verlag Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt am Main, New York, Oxford, Wien 2009
DOI 10.1696/cpjgV-2006-5

Werner Bramke

›Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht‹

Solidarität als historische Kategorie

Wissenschaft und Politik

Der Vertrag über eine europäische Verfassung ist gescheitert, bevor er in Kraft gesetzt wurde, und die Europäische Union in einer schweren Krise. So oder so ähnlich kommentierten die meisten Tageszeitungen in Deutschland und in den Ländern, in denen der Vertrag bereits gebilligt worden war, das Nein der Franzosen und Niederländer. Wenig später wurden die Urteile differenzierter und Verständnis für den negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden geäußert. Heute sehen viele Wissenschaftler, aber auch Politiker kritischer die Mängel, vor allem das Lebensfremde und das Beunruhigende, im Verfassungstext und gute Möglichkeiten für ein überzeugenderes Angebot, das die Zustimmung nicht nur der nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten sondern auch der Menschen dieser Staaten findet.

Nun sollte die Chance genutzt werden, das verbreitete Misstrauen gegen ›die da‹ in Brüssel abzubauen und zunehmender Sorge wegen wachsender Entsolidarisierung entgegen zu wirken. Zumindest beim Votum der Franzosen wurde vor allem der Unmut gegen unzureichende soziale Absicherungen und damit die Sorge, in einem gnadenlosen Existenzkampf allein gelassen zu werden, artikuliert. Dem entgegenzuwirken ist vor allem Sache der Politiker auf europäischer Ebene und in den nationalen Regierungen. Denn das Vertrauen in die Politik hat einen weiteren Schlag erlitten. Gefragt ist aber auch die Wissenschaft. Kritische Analysen sind ebenso notwendig wie Selbstkritik an dem, was zur Unterstützung der Politik gedacht oder ihr direkt zugearbeitet worden war. Immerhin haben regelmäßig Wissenschaftler politische Richtlinien und Entscheidungen vorbereiten geholfen. Und nicht zu vergessen: So wichtig der inner- und interdisziplinäre Diskurs der Philosophen, Politikwissenschaftler, Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen über Europa und Europa-Poli-

tik ist, er darf nicht abgehoben vom realen politischen Geschehen stattfinden. Und er sollte auch für den Nichtspezialisten verständlich sein. Es gibt bei der unbefriedigenden Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik nicht nur eine schuldige Seite!

Collegium PONTES spielt auch einen Part im Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Zu drei Themenkreisen werden Überlegungen angestellt, wie europäische Politik befördert werden kann. Die Resultate werden in Qualifizierungsarbeiten eingehen und zusammengefasst einer interessierten Öffentlichkeit sowie Repräsentanten der Politik und des öffentlichen Lebens übergeben. Wir wissen nicht, inwieweit unsere Arbeit Öffentlichkeit erreicht und Eindrücke hinterlässt. Für alle Beteiligten ist der Gewinn gewiss, für das eigene wissenschaftliche Denken und für die politische Selbstverständigung. Doch die politische Wirkungsmöglichkeit kann größer sein, als jetzt abzusehen ist.

Reinhard Schmidt, in den neunziger Jahren Rektor der Fachhochschule Mittweida und Präsident der Landes-Hochschulkonferenz Sachsens, verwies beharrlich darauf, daß die meisten Politiker von morgen, heute die Hochschulen besuchen. Sie müssen hier ihr politisches Wissen, ihre Grundüberzeugungen erwerben und sich in der politischen Mitverantwortung üben können. Die Junior Fellows des Collegium PONTES erproben sich in diesem Sinne, um für ihre spätere Tätigkeit, vielleicht in verantwortlicher Stellung, gerüstet zu sein.

Solidarität in der neueren Geschichte

Die von Politikern oft strapazierten historischen Lehren sind nicht einfach zu ziehen, weil für die gesellschaftlichen Ereignisse, ob es sich um einen Krieg oder eine Wirtschaftskrise handelt, fast immer die Ursachen multikausal sind. Fast noch schwerer ist es, die Lehren zu beherzigen, weil sich die Ereignisse nicht einfach wiederholen, sondern nur in vergleichbarer Form und in vergleichbarem Ablauf dem Original folgen. Was am ehesten möglich und auch notwendig erscheint, ist für heute die Prüfung einer früheren Konfliktsituation, vor der sich die Menschen und besonders die verantwortlichen Politiker damals befunden haben. Für diese hatte es nicht nur die eine, die dann gewählte Lösung gegeben. Aus solchen Konfliktsituationen lassen sich dann bei Herausforderungen, vor denen man

steht, die einen Einschnitt in der Entwicklung markieren können, Entscheidungshilfen finden. Für unser Beispiel, die europäische Verfassung, könnten Entscheidungshilfen die Erklärung der Menschenrechte in der Französischen Revolution, die Grundsatzerklärungen und Dokumente bei der Gründung des Völkerbundes und bei der Gründung der Vereinten Nationen sein. Mindestens genauso wichtig wie die Prüfung dieser Dokumente ist aber die Berücksichtigung der Zeitumstände. Mein Exkurs über die Verwendung des Begriffs ›Solidarität‹ in den etwa letzten zweihundert Jahren und den dabei zu beobachtenden Bedeutungswandel dient dem Ziel, den Blick dafür zu schärfen, welche Erwartungen heute an die Verankerung des Solidaritätsgedankens in einem europäischen Grundsatzdokument verknüpft sind.

In der frühen Neuzeit war der Begriff der Solidarität wesentlich ein Rechtsbegriff, der – wie es das lateinische *solidus* nahe legt – auf die Verlässlichkeit der Vertragspartner abhob. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts tauchte er häufiger in gesellschaftspolitischen Vorstellungen auf, dabei auf die wechselseitigen, keineswegs nur moralischen Verpflichtungen der Individuen hinweisend. Daran knüpften die Akteure in der Französischen Revolution von 1789/94, insbesondere die frühproletarischen *Sansculottes*, an. *Solidarité* wurde dabei häufig mit der *fraternité* (Brüderlichkeit) als Einheit verstanden. Der Dritte (bürgerliche) Stand setzte im revolutionären Frankreich die Staatspflicht zur Unterstützung der Armen durch.

Seit der Französischen Revolution und mit der annähernd gleichzeitig einsetzenden Industriellen Revolution wurde Solidarität zu einem Kampfbegriff der Unterschichten und besonders des Industrieproletariats, in dem sich soziale und politische Forderungen verbanden. Im industriell fortgeschritteneren England dominierten in der frühen gewerkschaftlichen Massenbewegung (Chartistenbewegung) eindeutig soziale Forderungen. Die Solidarität war durch den Zusammenschluss gegen die Unternehmer gekennzeichnet. Nicht zufällig gingen die französischen Arbeiter in der Revolution von 1848 einen großen Schritt weiter, obwohl sie an Zahl und Organisiertheit deutlich hinter der englischen Arbeiterschaft zurückstanden. Sie stellten nicht nur das Gros der Barrikadenkämpfer in der Juli-Revolution. Ihre Führer Louis Blanc und Pierre-Joseph Proudhon bestimmten auch wesentlich den politischen Inhalt im Kampf gegen die Monarchie und für die Republik. Ihre Konzeptionen von einem Staat, der auf einen

sozialen Ausgleich ausgerichtet war, fußten auf der Theorie des utopischen Sozialismus von Charles Fourier. Dessen Anhänger Hippolyte Renaud sah eine aktive Sozialpolitik als Kern einer Gesellschaftsreform, durch die das Besitzbürgertum (die Bourgeoisie) gezwungen werden sollte, der Arbeiterschaft den ihr angemessenen Anteil des Sozialprodukts zuzugestehen. Diese sich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Euro-pa ausbreitende Idee bedeutete eine Revolutionierung staatsrechtlichen Denkens. Solidarität zu üben wurde damit zur Pflicht, Solidarität in der Not erwarten zu dürfen ein Rechtsanspruch. Philosophisch gestützt wurde dieser ausgerechnet durch den ›preußischen Staatsphilosophen‹ G. F. W. Hegel, der seit 1820 die Auffassung vertrat, alle Menschen in einem Staatswesen seien voneinander abhängig und in diesem Sinne gleichberechtigt.

Der Gedanke, es sei eine Pflicht, einander in der Not zu helfen, erhielt in dieser Zeit aber auch eine andere Dimension. Zur Unterstützung des polnischen Freiheitskampfes gegen die russischen, österreichischen und preußischen Besatzer entstanden in den dreißiger Jahren in verschiedenen europäischen, vor allem in deutschen Staaten, Polenvereine. Sie wurden von der Idee getragen, den Kampf um die nationale Freiheit Polens mit dem Kampf um die Einheit des bis dahin zersplitterten Deutschlands zu verbinden. Der Hauptstoß richtete sich also gegen die ›Heilige Allianz‹, die fast überall in Europa demokratische Bewegungen unterdrückte. So entwickelte sich eine ausgesprochen kämpferische Solidarität, in der die nationalen und internationalen Züge miteinander verschmolzen.

Diese neue Form von Solidarität beeinflusste die sich in der Mitte und dann vor allem im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts schnell entwickelnde Arbeiterbewegung. Klassenkämpferisch ausgerichtet, wurde in dieser der Kampf um die politische Freiheit als abhängig vom Ringen um die soziale Gleichberechtigung der Arbeiter angesehen. Dieser Kampf konnte wegen der globalen Ausbreitung der Industrie mit ihren sozialen Folgen der Proletarisierung bis dahin kleinbürgerlicher Schichten nur als internationaler Kampf erfolgreich sein. Der Schlußsatz des Anfang 1848 veröffentlichten *Kommunistischen Manifests* »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« wurde für rund hundert Jahre der Leitspruch der überwiegend durch die Lehren von Marx und Engels beeinflussten Arbeiterbewegung. Die Gründung der I. Internationale 1864 fußte ebenso auf diesem Grundsatz wie die 1889 ins Leben gerufene II. Internationale, die um 1900 bereits eine große Ausstrahlung erreichte.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts verschob sich das Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung von zunächst England und Frankreich nach Deutschland. In der Revolution von 1848/49 verband das übergreifende Ziel der Einigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage die Arbeitervereine mit der Fraktion des demokratischen Bürgertums. Die sich schon anbahnende Trennung artikulierte der Sprecher der sich überregional organisierenden Arbeiterverbrüderung, Stephan Born, in der antithetischen sozialen Losung: »Verbrüderung, jeder für alle!« gegen »Freie Konkurrenz, jeder für sich!«

Die sich in den fünfziger Jahren abzeichnende Annäherung des liberalen, z. T. auch des demokratischen Bürgertums an die adligen Kreise, die auf eine Reichseinigung ›von oben‹ setzten, also vor allem an den Kurs des preußischen Ministerpräsidenten Bismarck, beschleunigte die Gründung einer nationalen, vom Bürgertum völlig unabhängigen deutschen Arbeiterbewegung. Den vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung bildete die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, später SPD) im Jahre 1869, die zur führenden Arbeiterpartei der Welt bis 1933 (mit der Unterbrechung des Ersten Weltkrieges) wurde.

Die Frontstellung der klassenkämpferisch, marxistisch orientierten Arbeiterbewegung war antifeudal, antibürgerlich und antiklerikal. Die nicht nur in Deutschland weitgehende Ausgrenzung aus der bürgerlichen Gesellschaft ließ ihr kaum eine andere Chance als die des solidarischen Zusammenschlusses gegen die bürgerliche Gesellschaft, national wie international. Dennoch trifft nicht zu, für die deutsche und internationale Sozialdemokratie sei Solidarität bis 1945 nur ein Kampfbegriff gegen das Kapital und die bürgerliche Herrschaft gewesen, wie der Bielefelder Historiker Klaus Tenfelde unterstellt. Wilhelm Liebknecht, einer der beiden Gründerväter der SPD (neben August Bebel) hatte schon 1871 den programmatischen Anspruch formuliert: »Der Begriff der allgemeinen menschlichen Solidarität ist der höchste Kultur- und Moralbegriff.« Dieser Anspruch wurde seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts durch praktische Politik v. a. innerhalb der deutschen Sozialdemokratie verwirklicht, und das deutsche Beispiel machte international Schule.

In der Auseinandersetzung mit dem Sozialistengesetz von 1878 – 1890, durch das die deutsche Sozialdemokratie als Partei verboten wurde, ent-

wickelte die deutsche Arbeiterbewegung eine Binnenstruktur, welche die Ausgrenzung überwand. In Vereinen zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen wie den Konsumvereinen, über die mit der Sozialdemokratie eng verbundenen Gewerkschaften entstand ein beeindruckendes System gegenseitiger Unterstützung. In der Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung wird diese spezifisch deutsche Gemeinschaft miteinander verbundener Milieuorganisationen als »Solidargemeinschaft« bezeichnet. Kulturelle Vereine wie der Arbeitertheater-Bund, der Volksbühnen-Verband oder der Arbeiter-Sänger-Bund und der Arbeiter-Turn-und-Sportbund sicherten Millionen von Arbeiterfamilien die Partizipation am kulturellen Leben, von denen sie sonst aus Kosten- oder direkt politischen Gründen ausgeschlossen worden wären – auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890. So überlebte die Sozialdemokratie, so wurde diese zur mit Abstand stärksten deutschen Partei. Nach dem ersten Weltkrieg wurde die SPD die wichtigste Stütze der Weimarer Demokratie, weil sie über Jahrzehnte das Muster der demokratischen Zivilgesellschaft vorgelebt hatte.

Die dem Beitrag vorangestellte Verszeile aus dem *Solidaritätslied* drückt das Kämpferische der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung der Bedrohung der Republik von Rechts aus. Brecht schrieb dieses Lied für den Schauspieler und Sänger Ernst Busch, der die Hauptrolle im Film *Kuhle Wampe* übernahm. Im Spanischen Krieg von 1936/39 wurde das Lied (Musik: Hanns Eisler) durch den Vortrag von Busch an verschiedenen Fronten als Symbol internationaler Solidarität weltberühmt.

Die Solidarität der Arbeiterbewegung nach innen und außen hat vielen Staaten bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die wichtigsten Impulse zur Entwicklung zu Sozialstaaten gegeben. Direkt durch das Mitwirken vor allem der sozialdemokratischen Parteien, indirekt durch den Druck, der von der Arbeiterbewegung ausging. Die Hinwendung der katholischen Kirche zur sozialen Frage in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wäre ohne diesen Druck kaum zu erklären. Nicht wenige Politiker und Wissenschaftler bezeichnen daher das 20. Jahrhundert – jedenfalls mit dem Blick auf Europa – als das sozialdemokratische Jahrhundert.

Ausblick

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir mit Betroffenheit fest: Das Krisenmanagement zur Verhinderung von Kriegen ist nach dem Ende des ›Kalten Krieges‹ eher schwieriger denn leichter geworden. Aus einer bipolaren Welt wurde eine durch mehr Risse zerklüftete Welt, in der – und das ist das am meisten Bedrückende – die Kluft zwischen arm und reich wieder größer wird. Auch nach Europa kehrte die ›soziale Frage‹ als das am meisten drängende Problem zurück. So gesehen ist das 20. Jahrhundert nicht zu Ende. Solidarität muss sich auch auf dem ›alten‹ Kontinent wieder wesentlich an den Maßstäben des 20. Jahrhunderts messen, neue aber hinzufügen. Deshalb wäre es vernünftig, an Stelle eines Vertrages für eine Verfassung ein eigenes Grundgesetz zu schaffen, das in Referenden von allen Mitgliedstaaten anzunehmen ist. Eine überschaubare Verfassung gibt den Bürgern Europas mehr Vertrauen in die Union als ein kompliziertes Vertragswerk.

In dieser Verfassung sollte verankert werden, dass Menschenwürde in der Demokratie am ehesten durch soziale Integration zu gewährleisten ist, worauf die nationalen Regierungen zu verpflichten sind. Zugespitzt formuliert bedeutet das, die Sicherung von Arbeit hat – auch aus ökologischen Gründen – Vorrang vor Wirtschaftswachstum.

Europa ist der bisher bemerkenswerteste Zusammenschluss unterschiedlicher Nationen, die trotz vielfacher historischer Gemeinsamkeiten beträchtliche kulturelle Unterschiede aufweisen. Dieses Vorbild verpflichtet, nicht nur sein wirtschaftliches Gewicht geltend zu machen, sondern auch Standards für einen toleranten Umgang unterschiedlicher Kulturen in die bisher nur dem Namen nach ›vereinten‹ Nationen einzubringen. Dann kann Europa der Globalisierung eine überwiegend positive Richtung vorgeben.

Literaturhinweise

Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt 1998.

Gasteyger, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993. Bonn 1994.

Kuhn, Axel: Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004.

Lepsius, M. Rainer: Prozesse der europäischen Identitätsstiftung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum Parlament, B 38/2004, S. 3ff.

Lösche, Peter, Walter, Franz: Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? In: Geschichte und Gesellschaft 15, 1989, S. 511–536.

Mitteilungen der Internationalen Novalis-Gesellschaft, Jg. 2002, H. 4, hrsg. von Hans Joachim Mähl und Gabrielle Rommel, Wiederstedt 2002.

Rifkin, Jeremy: Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt am Main 2006.

Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981.